

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

20.10.1928 (No. 246)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Kamenz Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche. Erfüllungsort Karlsruhe. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Pariser Reparationsbesprechungen

Verhandlungen zwischen Pariser Gilbert, Churchill u. Poincaré
In Paris ist am Freitag außer dem Reparationsagenten Pariser Gilbert auch der englische Schatzkanzler Churchill eingetroffen. Es fand eine Besprechung mit Poincaré statt, über die Havas offiziös u. a. mitteilt:

Die Besprechungen, die seit einigen Wochen in den Hauptstädten der interessierten Nationen gepflogen werden, legen die Vermutung nahe, daß die Verhandlungen über die Liquidierung der Kriegsschulden in eine aktive Phase eintreten. Die Unterredung kann diese Auffassung nur bestätigen. Sie hatte nur die Prüfung der Bedingungen zum Gegenstand, unter denen das Komitee der Finanzsachverständigen gebildet werden wird, dessen Schaffung in Genf kürzlich beschlossen worden ist. Bekanntlich hat die Regierung erklärt, daß sie von Deutschland und den ehemals alliierten Schuldnern noch die Summe fordern würde, die ihr unerlässlich erscheine, um den Verpflichtungen nachzukommen, die sie gegenüber den Vereinigten Staaten übernehmen mußte. Bekanntlich hat Poincaré verschiedentlich, so vor allem in Chamberlain, erklärt, daß Frankreich sich nicht weigern würde, die Vorschläge zu prüfen, die ihm im Hinblick auf die Mobilisierung seines Guthabens bei Deutschland unterbreitet werden könnten, vorausgesetzt, daß die Regelung es ihm gestatte, sowohl seine Glaubiger zu bezahlen, als auch die Summe zurückzuerhalten, die es für den Wiederaufbau des ehemaligen Kampfgebietes verwendet habe. Die Ausföhrung der Agentur besagt weiter, der Meinungsaustausch habe zu einer befriedigenden Annäherung hinsichtlich der wesentlichsten Grundzüge und hinsichtlich der Hindernisse geführt. Man werde sich jetzt bemühen, für diese Auffassung nicht nur Italien, Belgien und Japan, sondern auch Deutschland zu gewinnen. Der Zeitpunkt der geplanten Konferenz sei noch nicht festgesetzt. Sie könnte etwa anfangs Dezember beginnen. Zweifelsohne werde man sich bemühen, die Entsendung eines offiziellen amerikanischen Beobachters zu erreichen. Berlin scheint als Ort der Arbeiten des Ausschusses in Betracht zu kommen, der auf diese Weise alle wünschenswerten Aufschlüsse über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu seiner Verfügung haben würde. Es seien noch die Sachverständigen zu bestimmen: Entweder hochstehende Persönlichkeiten aus Finanzkreisen, die in voller Unabhängigkeit arbeiten würden, wie dies von den Autoren des Dawesplanes galt, oder Beamte, die nur ad referendum handeln würden. Es habe den Anschein, daß man eher an die letzte Art von Delegierten denke. Die französische Regierung werde ihre Wahl wahrscheinlich im Laufe des nächsten, am 30. Oktober stattfindenden Ministerrats treffen.

„Times“ zu den Verhandlungen

W.D. London, 20. Okt. (Tel.) Unter der Überschrift „Eine neue Gelegenheit“ schreibt „Times“: „Das Thema Reparationen ist wieder an der Tagesordnung, nicht weil der Dawesplan schlecht, sondern weil er so gut gearbeitet hat“ und erklärt dann: „Das Deutschland auf dem Krankenbett — heißt es weiter — dem der Dawesplan verschrieben wurde, sah sehr anders aus als das kräftige Deutschland von heute. In dieser Lage können Fragen, die der Dawesplan umgangen oder in der Schwebe gelassen hat, nicht länger unberücksichtigt gelassen werden. Diese Fragen sind politischer und finanzieller Art. Es ist finanziell wichtig, daß die Gesamtsumme der Reparationsverpflichtungen Deutschlands ein für allemal festgesetzt wird, aber es ist politisch sogar noch wichtiger. „Times“ erwartet keine Verzögerung. Sowohl Deutschland als auch Frankreich hätten ihre eigenen besonderen Gründe zur Dringlichkeit. Das Blatt tritt dafür ein, daß Großbritannien eine aktive Rolle bei der Durchführung der Genfer Vereinbarung spiele. Die Rebeinenderstellung der Rheinlandräumung und der Reparationen könne als Wunsch ausgelegt werden, die gesamte Frage der durch den Friedensvertrag geschaffenen Bevormundung Deutschlands zu regeln. Es sei klar, daß die Vereinigten Staaten im heutigen Stadium einen Anteil an dem Prozeß nehmen werden. Diese Aussicht sei zu begrüßen.

Das Volksbegehren

Aber das Volksbegehren können abschließende Ziffern noch nicht gegeben werden. Am 24. Oktober mittags soll ein vorläufiges Ergebnis bekanntgegeben werden. Andererseits ist bekannt, daß in Berlin und in beiden Kreisen Düsseldorf (Ost und West) die vorläufigen Zahlen vorliegen, ebenso in Frankfurt. Danach steht unzweifelhaft fest, daß nicht einmal die Stimmen der Kommunisten bei der letzten Reichstagswahl in diesen Kreisen für das Begehren zusammengekommen sind. Aber die Höhe der Kosten hat das Reichsministerium des Innern noch keine Entscheidung getroffen. Bei dem Volksbegehren betr. die Fürstenerhebung sind 798 000 RM vom Reich gezahlt worden. Die Gemeinden haben vier Fünftel ihrer Kosten erstattet erhalten. Danach würde das Fürstenerbegehren im ganzen rund eine Million gekostet haben. Im wesentlichen wird mit dieser Summe auch diesmal zu rechnen sein.

Nach den vorläufigen Feststellungen wurden zum Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ im 31. Wahlkreis (Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen) insgesamt 27 316 Unterschriften abgegeben. Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 erhielt im 31. Wahlkreis die kommunistische Partei 83 121 Stimmen. Es haben somit 32,86 vom Hundert der kommunistischen Wähler das Volksbegehren unterzeichnet.

Das Reichskabinett hielt Freitagnachmittag eine Sitzung ab, in der die Fragen besprochen wurden, die den am kommenden Montag zusammentretenden Ausschuß der Länderkonferenz beschäftigen werden. Wie in politischen Kreisen verlautet, war keine grundsätzlichen Beschlüsse gefaßt, weil die Sitzung vorbereitenden Charakter hatte.

Letzte Nachrichten

Zusammenstöße im Hamburger Hafen

W.D. Hamburg, 20. Okt. (Tel.) Im Verlaufe von Zusammenstößen, die gestern nachmittag zwischen Teilnehmern einer kommunistischen Demonstration und von der Arbeit zurückkehrenden Hafenarbeitern erfolgten, wobei die letzteren vielfach belästigt, geschlagen und bis in die Straßenbahn verfolgt wurden, mußte die Polizei an zwei Stellen eingreifen, um die Menge zu zerstreuen und den Straßenbahnen die Weiterfahrt zu ermöglichen. Es handelt sich um einen kommunistischen Versuch, einen wilden Streik im Hafen zu erzwingen. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um neue Zusammenstöße zu verhindern.

Der österreichische Vorschlag

W.D. Wien, 20. Okt. (Tel.) In dem Bundesvoranschlag für das Rechnungsjahr 1929 sind die Einnahmen mit 1777,5 und die Ausgaben mit 1742 Millionen Schilling veranschlagt. Für Investitionen ist ein Betrag von 216 Mill. Schilling vorgesehen.

Zusammenstöße in Troyes

W.D. Paris, 20. Okt. (Tel.) Havas meldet aus Troyes: Die von der kommunistischen Partei für gestern angelegte Kundgebung, um gegen die Verteilung eines verantwortlichen Medaillons wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Angehoriam zu protestieren, war von der Polizei verboten worden. Da die Kommunisten trotz dieses Verbots demonstrierten, griff die Polizei in Stärke von 200 Mann ein und zerstreute die Manifestanten, wobei es zu einem Zusammenstoß kam, in dessen Verlauf 12 Personen verhaftet wurden.

Der Generalkrieg in Lodz zusammengebrochen

W.D. Lods, 20. Okt. (Tel.) Ohne sich um irgendwelche Beschlüsse zu kümmern, begannen die Arbeiter wieder in ihre Betriebe zurückzukehren. Auch in der Textilindustrie kann von einem solidarischen Streik nicht mehr gesprochen werden. In großen Fabriken, wie Krusche, Kändler, Geher und der Widener Manufaktur ist schon im Laufe des gestrigen Tages die Arbeit wieder aufgenommen worden. Man rechnet damit, daß heute noch größere Arbeitergruppen zu den Scharen der Arbeitswilligen stoßen werden.

Konflikt zwischen Sowjetrußland und Lettland

W.D. Moskau, 20. Okt. (Tel.) (Telegraphenagentur der Sowjetunion). Im Anschluß an eine Rigaer Meldung über die Nichterladung des sowjetischen Militärattachés Subatow zu den lettischen Manövern veröffentlicht „Iswestija“ einen Beschluß der Sowjetregierung, das Amt des Militärattachés in Lettland aufzugeben und die lettische Regierung zu ersuchen, ihren Militärattaché abzuberufen.

Der Sitz der interalliierten Rheinlands-Kommission

Wie nun gemeldet wird, ist es richtig, daß der Sitz der interalliierten Rheinlands-Kommission von Koblenz verlegt werden soll. Es haben unüberwindliche Verhandlungen eingesetzt und zwar sind Wiesbaden, Speyer, Mainz und Kreuznach genannt worden. Speyer ist zu abgelegen, Mainz ist zu sehr mit Truppen belegt, in Kreuznach würde der Bahnbetrieb zu sehr gefährdet werden. Voraussetzlich kommt also Wiesbaden in Frage. Bisher hat lediglich eine erste und unüberwindliche Fühlungnahme von alliierter Seite stattgefunden. Wie gesagt, ist eine bindende Abmachung noch nicht erfolgt. Ebenso wäre es abwegig, aus diesen Verhandlungen auf irgendwelche vorzeitige Räumung schließen zu wollen.

Zu der Meldung, daß in erster Linie Wiesbaden in Frage kommen würde, schreibt die „Rheinische Volkszeitung“ in Wiesbaden: Es braucht nicht weiter gesagt zu werden, daß Wiesbaden keinen Wert darauf legt, Gastgeber der Rheinlands-Kommission zu sein. . . . Wenn wir für Wiesbaden rundweg ablehnen, dann soll das aber nicht heißen, daß wir gegenüber Mainz und Speyer so freundlich gesinnt seien um ihnen die Interalliierte Behörde zu wünschen. Nach unserer Auffassung muß die deutsche Politik auf die Gesamtträumung drängen. Es hat keinen Zweck, sich über die Räumung der 2. Zone zu unterhalten und zuzulassen, daß die 3. Zone noch stärker als die Exterritorialitätsrechte verlangt.

Der Welfenschatz. Wie die „Braunschw. Landesztg.“ erfährt, lehnt der frühere Herzog von Braunschweig den von der preussischen Staatsregierung durch die Presse gemachten Vorschlag, die zwölf wertvollsten Stücke des Welfenschatzes gegen 4 Millionen Reichsmark abzutreten, ab, weil er sich einer Zerstückung des Fundaments widersetze und weil ihm verbindliche Kaufangebote vorliegen, die für den gesamten Schatzkaufsummen nennen, die den von der preussischen Regierung genannten Preis um ein Vielfaches übersteigen.

Gerichtliches Nachspiel zu den Geesbacher Unruhen. Das Vergewordene Schöffengericht verurteilte vier junge Arbeiter, die an dem den Geesbacher Unruhen folgenden Wahlsontage mit Revolvern bewaffnet dort angetroffen worden waren, zu je sechs Monaten Gefängnis. Einer der Verurteilten äußerte ganz offen, er habe zwei Revolver mit 40 Schuß Munition eingesteckt, um die kommunistische Wahlpropaganda zu unterstützen.

* Zur Frage der Reichsreform

Einer der Führer der Bayerischen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Domkapitular Leicht, hat dieser Tage in einer Versammlung seiner Partei erklärt, daß man an der Weimarer Verfassung, soweit sie die Existenz der Länder im Rahmen des Reiches verbürgt, unter allen Umständen festhalten müsse, daß es aber nicht angängig sei, die Möglichkeit vernünftiger Reformen überhaupt zu leugnen und sich auf eine prinzipielle Starrheit der Aufassung festzulegen. Im Gegenteil! Es wäre nützlich, wenn auch die Bayerische Volkspartei selber mit einem wohlüberlegten Reformprogramm hervortrete, um so den eingeschworenen Gegnern der Länder den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Das sind zweifellos sehr kluge Worte. Sie gehen von der Erkenntnis aus, daß in der Tat auf dem Wege einer vernünftigen Reform noch manches verbessert werden kann. Solche Verbesserungen dürften in organisatorischer Hinsicht darin zu suchen sein, daß für die Zukunft ein Gegeneinanderregieren der einzelnen Gewalten möglichst ausgeschlossen wird. Auch in territorialer Beziehung wird man ruhig zugeben können, daß eine Reihe von Zwergländern verschwinden sollte, und daß auch das System der Enklaven ohne große Schwierigkeiten beseitigt werden kann. Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Selbständigkeit aller größeren Länder im Rahmen des Reiches erhalten bleibt, und daß nicht hinterherum allerlei neue Versuche gemacht werden, um die Reste der Selbständigkeit der lebensfähigen Länder künstlich zu untergraben. Ferner sollten die leidenschaftlichen Unitarier, wenn sie wirklich in jedem Augenblick an die Geschlossenheit und Einigkeit des Reiches denken, nicht einem Unitarismus das Wort reden, der sich vielleicht, wenn er einmal zustande kommen sollte, hernach als die schwerste Gefahr für die Einigkeit erweist.

Schließlich sollte man — abgesehen von solchen Fragen der Reform, die wirklich ein vordringliches Interesse beanspruchen können und sich auch unter Zustimmung der Länder regeln lassen — das Tempo der Entwicklung nicht übersteigern, und unser Volk, das schon ohnehin mit ersten Problemen genug belastet ist, nicht noch mit diesem neuen Problem belasten, welches sich ganz bestimmt in der von den Unitariern gewünschten Art und Weise nur unter aufreibenden, innerpolitischen Kämpfen lösen ließe. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß von der Lösung der Frage „Einheitsstaat oder nicht?“ ein günstiger Verlauf unserer Außenpolitik oder eine Segung unseres Wirtschaftslebens abhängt. Das aber sind die beiden Kernpunkte unserer gesamten vaterländischen Politik: die völlige Liquidierung des Krieges durch eine geschickte Außenpolitik und die Untermauerung der außenpolitischen Stellung Deutschlands auf der einen Seite und auf der andern Seite die Beantwortung der wirtschaftspolitischen Frage: „Wie ist es möglich, unserm Volk in allen seinen Schichten Arbeit und ausreichendes Einkommen zu verschaffen?“ Sie und da wird Wirtschaftspolitisch mit Verfassungs- und Staatsrechtlichem zusammenstoßen. Aber nirgends steht geschrieben, daß die Entwicklung unserer Wirtschaftspolitik als solcher abhängig wäre von staats- und verfassungsrechtlichen Reformen.

Bei uns im Süden ist man, wenn schon derartige Zusammenhänge konstruiert werden, der Ansicht, daß eine immer weiter getriebene Zentralisierung wirtschaftlich für die Randgebiete des Reiches recht schädlich wäre. Und diejenigen, die derartiges befürchten, lassen sich dabei von dem neuen Schlagwort „dezentralisierter Einheitsstaat“ nicht beeinflussen; denn sie wissen, daß die Schaffung des Einheitsstaats ganz von selbst, allen schönen Vorfällen zum Trotz, die Zentralisierung mit sich bringt.

Nach der Weimarer Verfassung können Gebietsänderungen innerhalb des Reiches durch verfassungsänderndes Gesetz, also nur durch Zweidrittelmehrheit des Reichstags beschlossen werden, und zwar ohne daß die betreffende Bevölkerung oder die beteiligten Länderregierungen ein entscheidendes Veto dagegen hätten. Sofern aber die Bevölkerung eines Landes befragt wird, muß mindestens die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten für die Gebietsänderung oder Neubildung stimmen. Im demokratischen Staat wird man natürlich keine derartig weitgehenden Beschlüsse fassen wollen, ohne vorher den Willen der Bevölkerung festgestellt zu haben. In Baden müßten also etwa 750 000 Landesangehörige zur Urne gehen und für Ja stimmen, wenn es sich etwa um die Vereinigung Badens mit irgendeinem andern Land

handeln sollte. Bei der letzten Reichstagswahl in Baden sind 909 134 gültige Stimmen abgegeben worden, also 61,5 Proz. der Stimmberechtigten. Man kann sich kaum vorstellen, wie es möglich sein soll, mehr als 50 Proz. der Wahlberechtigten in Baden auf die Beine zu bringen, wenn schon bei Reichstags- u. Landtagswahlen im Durchschnitt nur 60 Proz. Stimmen überhaupt abgegeben wurden. Und dann müßten diese 51 Proz. der Stimmberechtigten sämtlich dafür stimmen. Es ist vielleicht ganz gut, sich einmal diese Tatsache vor Augen zu halten.

Besuch Dr. Eckners in Washington

Dr. Eckner und vier weitere Herren vom „Graf Zeppelin“ sind Freitag mittag Gäste des Präsidenten Coolidge bei einem Frühstück im Weißen Haus gewesen, an dem auch Marine-Sekretär Wilbour, sowie die Sekretäre für die Kriegs- und Handelsmarine teilnahmen. Der Tag in Washington verlief entsprechend dem vom Marineamt festgesetzten und offiziellen Empfangsprogramm. Ein Empfang beim deutschen Gesandten, Reichsminister Dr. Kiep, und Gattin, gestattete sich zu einem großen gesellschaftlichen Ereignis Washingtons.

Dr. Eckner erklärte Pressevertretern, er hoffe, die an dem „Graf Zeppelin“ notwendigen Reparaturen bis Dienstag zu beenden und Mittwoch in aller Frühe zu seinem Rundflug über West- und Mittelamerika aufzusteigen. Hierbei wird er wahrscheinlich mit Henry Ford und einigen anderen Gästen an Bord Chicago überfliegen. In der Nacht zum Donnerstag wird das Luftschiff in der Halle von East St. Louis bleiben und Donnerstagabend wieder in Lakehurst sein. Nach Beendigung der letzten Vorbereitungen beabsichtigt Dr. Eckner, am Samstag die Rückfahrt nach Europa anzutreten.

Die technischen Ergebnisse des Zeppelfluges

W.D. New York, 20. Okt. (Tel.) „Gerald and Tribune“ widmet den technischen Ergebnissen der Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ einen Artikel, in dem das Blatt das Ausbleiben jeder Motorstörung während der langen Fahrt hervorhebt und darin einen Erfolg der Verwendung von Blaugas als Motorenbetriebsstoff sieht. Weiter unterstreicht das Blatt, daß im übrigen die Ausfahrten eines Luftschiffdienstes in Konkurrenz mit den Schnelldampfern noch skeptisch beurteilt werden müssen, als besonders bemerkenswert, daß die Metallstruktur des „Graf Zeppelin“ einen ähnlichen vertikalen Sturmschlag wie den, der feinerzeit der „Cenandoah“ verhängnisvoll wurde, ohne Schaden überstand.

Der Betriebsstoff für die Rückfahrt

W.D. Lakehurst, 20. Okt. (Tel.) Hier wurden gestern Versuche mit einem amerikanischen Betriebsgas gemacht, das etwas schwerer ist als das auf der Ausreise verwendete Blaugas, sonst aber befriedigend scheint, so daß das Luftschiff nunmehr eine große Quantität dieses Brennstoffes an Bord nimmt. An Ballongas sind erst 10 000 Kubikmeter vorhanden, während 14 000 als erforderlich angesehen werden.

Ergebnisse über seinen Besuch in Amerika

W.D. New York, 20. Okt. (Tel.) Staatsminister Erzseinski und Prof. Goeckel sind mit dem Lloyd-Dampfer „Rindchen“ nach Deutschland abgereist. Staatsminister Erzseinski erklärte dem Vertreter des W.D. vor der Abreise: Ich habe mich sehr gefreut, daß der Zeppelflug mir Gelegenheit gegeben hat, wenn auch nur für kurze und unzureichende Zeit, einen Teilertrag von Amerika zu bekommen. Durch liebe Bekannte war ich in der Lage, in dieser Zeit verhältnismäßig viel zu sehen. Ich habe außerordentlich viel Gutes gesehen und war immer wieder überrascht von der ungeheuren Großzügigkeit, womit in diesem Lande gehandelt wird. Ich wünsche, daß durch Zusammenarbeit des deutschen mit dem amerikanischen Volke noch mehr als bisher im Interesse der kulturellen Friedensarbeit der ganzen Menschheit gedient werde. Wenn ich nicht mit dem Zeppelin zurückkehren kann, was ich selbst auf das lebhafteste bedauere, so ist es lediglich Zeitmangel, der mich hindert, mich längere Zeit in Amerika aufzuhalten.

933 000 Kraftwagen in Deutschland. Kraftwagen gibt es nach der neuesten Fählung vom 1. Juli im Deutschen Reich 933 312. Gegen das Vorjahr haben sie um 209 877 oder 29 Prozent zugenommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben eine Unterbrechung erfahren. Die deutsche Delegation kehrt nach Berlin zurück.

Die Parteien im Reich

Die Deutschnationalen — Die Wirtschaftspartei

W.D. Berlin, 20. Okt. (Tel.) Im Reichstag trat heute vor-mittag der deutschnationale Parteivorstand zusammen, um in einer Vorberatung zu den Problemen Stellung zu nehmen, die die deutschnationale Parteivertretung heute nach-mittag und morgen in ihren Beratungen beschäftigen werden. Wie das Nachrichtenbüro des W.D. hört, ist die in der Öffentlich-keit aufgestellte Behauptung, daß Graf Westarp seinen Rücktritt vom Amte des Parteivorstehenden erklären wolle, unrichtig. Der Meinungsstreit über die Frage des Parteivorstandes und des Fraktionsvorsitzes sei absolut noch nicht ge-lärt.

Wie das Nachrichtenbüro des W.D. weiter meldet, tagte auch der Steuerausschuß der Wirtschaftspartei im Reichstag unter Vorsitz des sächsischen Finanzministers Weber, um Richtlinien für Reformvorschläge der Partei zum Steuer-wesen zu beraten. An diesen Besprechungen nahmen nicht nur Abgeordnete des Reichstages und der Länderparlamente, sondern auch Vertreter der Spitzenverbände der Mittelstands-organisationen teil, u. a. vom Reichsverband des deutschen Handwerkes, vom Einzelhandel und vom Haus- und Grund-besitz. Die zu beschließenden Richtlinien sollen die Grundlage für einen Initiativantrag der Wirtschaftspartei bilden, der demnächst im Reichstag eingebracht wird. Auch diese Ver- ratungen werden erst am Sonntag ihren Abschluß finden.

Die Führung der Zentrumspartei

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das von dem Reichs- tagsabg. Noos geleitete Blatt der katholischen Arbeitervereini- gungen in München-Gladbach, bemerkt in einem Artikel „Von kommenden Dingen“, daß sich sicherer Vernehmen nach der Reichsparteitag, der in Düsseldorf abgehalten wird, der Partei einen neuen Vorsitzenden zu geben haben werde. Es verlautet, daß Reichstagsabg. a. D. Dr. Marx sein Amt niederzulegen gezwungen sei. Ernste gesundheitliche Gründe verböten ihm die fernere Führung der Partei. Es erhebe sich daher die Frage nach dem neuen Mann.

Die „Köln. Ztg.“, die gleichfalls von dem bevorstehenden Rücktritt Marx' berichtet, bemerkt: Diese Rücktrittsabsichten werden zwar mit Gesundheitsrückgründen begründet, man hat aber den Eindruck, daß Marx aus politischen Gründen zu seinem Entschluß gelangt ist, auf die Führung des Zentrums zu verzichten. Man weiß nämlich, daß Marx mit seiner These, das Zentrum solle gegenüber dem Kabinett Müller-Franke den Zurückhaltenden üben, und auf eine weitergehende Bindung gezwungen, was praktisch also auf eine Verhinderung der Großen Koalition hinauslaufen würde, nicht durchgedrungen ist.

Als Nachfolger nennt man den ehemaligen Reichsarbeits- minister Dr. Bauns, der der Kandidat des katholischen Volks- bundes ist, mehr aber noch die Abgg. Stegerwald, Esser und Noos.

Keine Änderung der Rheinlandordnungen

Die in den letzten Monaten von der Reichsregierung mit der Interalliierten Rheinlandkommission geführten Verhand- lungen über die Aufhebung und Änderung der sog. Ordnun- gen haben, wie der „Vorwärts“ meldet, zu keinem Ergeb- nis geführt. Besonders lästig wird in den besetzten Gebieten der noch immer bestehende Zwang empfunden. Transporthaus und Pferde jederzeit zur Verfügung der fremden Heeres- behörden zu halten. Alle Verfuhr, eine Milderung in dieser Beziehung zu erreichen, waren bisher vergeblich. Ebenso weigert sich die Besatzungsbehörde, für Plur- und sonstige Schäden, die der Bevölkerung bei den Übungen entstehen, an- gemessene Entschädigungen zu zahlen.

Das Danziger Beamtenbesoldungsgesetz. Im Danziger Volksrat wurde das neue Beamtenbesoldungsgesetz in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Die Beratungen nahmen drei Tage in Anspruch, da von den Kommunisten Obstru- tionsversuche unternommen wurden. Das neue Besoldungs- gesetz hält sich an das preussische Vorbild mit Berücksichtigung der besonderen Danziger Verhältnisse. Die bedeutendste Ab- weichung ist ein Sonderzuschlag von 6 Prozent zu den preu- ßischen Sätzen.

Der sächsisch-thüringische Textilarbeiterkonflikt. Die Ver- handlungen zwischen den Textilarbeitergewerkschaften und dem Verband sächsisch-thüringischer Weberereien zur Beilegung des Arbeitskonfliktes sind wiederum ergebnislos verlaufen.

Die Schändung jüdischer Friedhöfe

Auf einer Donnerstagabend in Berlin vom Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V. veranstalteten Kundgebung gegen die zahlreichen Fälle von Friedhof- und Synagogenschändungen und fernher gegen die gerade in der letzten Zeit zunehmenden Überfälle gegen jüdische Bürger nahm auch Reichsjustizminister Dr. Koch das Wort zu einer Erklärung, in der er ausführte:

Die Reichsregierung, in deren Namen ich spreche, ist sich mit Ihnen einig in der Entrüstung über Vorfälle, die Sie zum Protest veranlaßt haben. Wir alle, die wir hier vereinigt sind, wissen, daß deutsch ist, wer durch Sprache, Kultur und Schicksalsgemeinschaft zum deutschen Vaterlande gehört. Wenn sich Haß, Leidenschaft und Irrwahn gegen die Toten erhebt, so geht das über jeglichen Antisemitismus hinaus. Seien Sie überzeugt, daß die deutsche Justiz hier ihre Pflicht tut wird. Sie haben recht getan, diesen Protest in die Welt hinauszuführen. Die Reichsregierung schließt sich ihm an.

Antisemitische Studentenschreitungen in Budapest

Die schon seit einigen Tagen erregte Stimmung unter der Studentenschaft in Budapest hat im Laufe des Freitags zu überaus bedauerlichen Vorkommnissen geführt. Nicht nur, daß mehrere israelitische Studenten aus den Hörsälen gerügt wurden, in einem Falle nahm der Rektor, ein katholischer kirchlicher Würdenträger, einen jüdischen Hörer in Schutz, selbst auf der Straße schickten die offensichtlich von Rechtsradikalen aufgetriebenen Elemente vor Gewalttätigkeiten nicht zurück. Nachmittags wurde nach einer Versammlung der sog. kameradschaftlichen Studentenverbände ein Demonstrationzug in den Hauptstraßen der Stadt veranstaltet, wobei anti- semitische Rieder gefungen, Schmähungen gegen die Juden ausgeföhren und Hordrüse auf den numerus clausus aus- gebracht wurden. Die Schaulustigen des liberalen Blattes „Az Est“, sowie die Buchhandlung des sozialdemokratischen Blattes „Volksstimme“ wurden eingeschlagen. Auch wurden Tätlich- keiten gegen jüdisch aussehende Passanten verübt. Anlässlich des Freitagabendgottesdienstes hielten vor der Hauptsynagoge Danksprüche und berittene Polizisten Wache.

Die neuerlichen Studentenunruhen sind darauf zurückzu- führen, daß der Kultus- und Unterrichtsminister die einzelnen Fakultäten angewiesen hatte, die Immatrikulationsbesuche verschiedener jüdischer Studenten, die ihre Matrikulationsprü- fung mit „ausgezeichnet“ bestanden hatten, zu berücksichtigen, obwohl die nach dem Numerus clausus-Gesetz vorgeschriebene Anzahl der aufnahmefähigen Hörer bereits erreicht war.

Gedächtnisfeier für Amundsen. Die norwegische Regie- rung hat die Gedächtnisfeier für Amundsen auf den 14. De- zember, dem Tage, an dem Amundsen den Südpol erreichte, festgesetzt.

Streik im Hafen von Marseille. Wie aus Marseille gemeldet wird, ist die von den Seeleuten ausgegebene Streikparole am Freitag genau befolgt worden. Drei Dampfer, deren Ausfahrt fällig war, konnten nicht auslaufen.

China verlangt die Aufhebung der Exterritorialität. Der Minister des Äußeren der chinesischen Regierung hat eine Note an die Mächte gerichtet, worin er den sofortigen Verzicht auf die Exterritorialitätsrechte verlangt.

Reiseflug London—Berlin

Der englische Flieger Captain Neville Stad ist am Frei- tag in einem Cirrus-Motoren-Verdichtungsflug ohne Zwischenlan- dung in der Reisedauer von 4 Stunden 52 Min. von London nach Berlin geflogen. Neville Stad stieg um 12 Uhr mittags M.C.B. auf dem Flugplatz von Croxson auf und landete um 4.52 Uhr auf dem Tempelhofer Felde.

Das Einbürgerungsgesetz in Vincennes

W.D. Paris, 20. Okt. (Tel.) Das Einbürgerungsgesetz in Vincennes hat ein weiteres Opfer gefordert. Der nach 27- stündigen Anstrengungen der Bergungsmannschaften endlich befreite italienische Mauer Nicelli ist kurz nach seiner Ein- lieferung ins Krankenhaus gestorben. Dies erhöht die Zahl der geborgenen Toten auf 12. Daß noch einer der noch un- ter den Trümmern Liegenden, deren Zahl auf 7 bis 8 ge- schätzt wird, lebt, ist nicht anzunehmen. Der Untersuchungs- richter hat gestern abend die Verhaftung des italienischen Architekten und Hauseigentümers Provini und des Maurer- meisters Toscani verfügt.

Zur Eröffnung der neuen Bahnstrecke Neckarsteinach—Schönau

Neckarsteinach

In majestätisch-stolzem Bogen zieht der Neckar aus der Berge Enge gegen das heilige Städtchen Neckarsteinach zu, mit dem silbernen Spiel der Wellen die Schönheit erhöhend, die diesem Pläze eigen ist. Sanft steigt von den Häusern der ins Tal sich schiebende Berggründen aufwärts und zeigt uns im Halbkreis die vier alten Burgen über der Stadt und dem Fluß, die Vorder-, Mittel- und Hinterburg und die Schabed, auch Schwalbennest genannt. Noch höher aber schaut gegen- über all der Schönheit die stolze Silhouette des Dilsberg aus der Bläue des Himmels. Ja, Neckarsteinach birgt eine Welt voll Schönheit und ist, wie das nahe Heidelberg, das Ziel vieler Wanderer aus allen Gauen unseres deutschen Vaterlandes.

Frägt man, wer einst die Burgen bewohnt, so erhält man zur Antwort: „Die Landsknechte“, und bekommt diese einstigen Herren der Burgen als die schlimmsten Raubritter dargestellt, die die Kaufleute drunten auf der Straße überfielen und sogar mittels einer über den Neckar gespannten Kette die Schiffe anhielten. Davon ist uns nichts verbürgt; wohl aber wissen wir, daß sich unter ihnen tüchtige Kämpfer befanden, treue Vasallen des Kaisers und der kurfürstlichen Herren, ja einer, Hans Nigger von Steinach, war ein von Gottfried von Strahburg wegen seines (verlorenen) Epos „Unbehang“ hoch beliebter Minnesänger, und die große Heidelberger Lie- derhandschrift enthält drei herrliche Gedichte aus seiner Hand. Neuere Forschungen haben ergeben, daß der Name Land- schad gleichbedeutend ist mit Schwalbennest. Zur Unters-cheidung von den übrigen Weltlern war dem ersten Besitzer der Schabed der Name Landschad und damit auch auf spätere Zeiten verblieben.

Vom 12. Jahrhundert bis zum Jahre 1653 waren die Land- schaden von Worms und Speyer mit Burg und Stadt be- setzt; ihnen folgten die Metzerische im Lebensverhältnis, bis 1803 die Stadt mit der Ruine Schabed an Dessen fielen, die drei anderen Burgen gehörten den Freiherren von Dorch, die 1840 die Mittelburg wohlhätig ausbauen ließen. So ist das heilige Städtchen Neckarsteinach (mit dem nahen Girschhorn) ein fremdes Gebiet inmitten badischen Landes.

Schönau

Kurz vor der Station Neckarsteinach durchfährt die Neckar- talbahn einen kleinen Tunnel, bei dessen Verlassen die rau- schenden Wasser eines Baches sichtbar werden. Es ist die Steinach, die weit von den nördlichen Höhen des Oberrheins kommend, ihr Wasser bei Neckarsteinach dem Neckar zuführt. Durch ein schönes, breites Wiesental kommt sie gezogen, manchmal aber drängen sich die Wipfel dicht bewaldeter Berge auch enge zusammen. Wo aber das Tal am breitesten ist, auf der „Schönen Au“, da liegt ein ruhiges, gewerbereiches Städtchen gleichen Namens: Schönau. Eigenartige Tore, sonderbares Mauerwerk an profanen Häuserbauten, verwil- derte Inschriften an Mauerbögen, auffallende Fensterprofile, nicht zuletzt eine Vorhalle mit Rippengewölbe und das In- nere der evangelischen Kirche erregen die Aufmerksamkeit des Fremden: Wir stehen vor den Überresten des einstigen Bistums- stifts Neckarsteinach, einer Stiftung des Wormser Bis- hofs Burkard II. vom Jahre 1142. Es ward von den Pfalzgrafen eifrig begabt und viel besucht, von mehreren selbst als Ruhestätte ertoren, bis mit dem Bau der Heiliggeistkirche zu Heidelberg Ruprecht III. für sich und seine Nachkommen dort eine Begräbnisstätte schuf. Unter den Händen Kunst- verständiger Mönche dehnte sich mit den Jahren der Kloster- bau zu Schönau, das Kloster selbst ward ein Sitz der Ge-lehrsamkeit, eine Stätte tiefen Beschauens in dem lieblich- einfamen Tale der Oberrheingebirge.

Die religiösen Wirren und Streitigkeiten in der bewegten Pfalz wurden auch über die Berge hinüber nach Schönau getragen, und im Jahre 1600 erfolgte auf Befehl Kurfürst Friedrichs III. die Aufhebung des Klosters. In die Räume deselben zogen vertriebene Wallonen ein, Tuchmacher ihres Gewerbes, die in den Klostergebäuden ihre Fabriken ein- richteten und als Herren des Hauses in den mit viel Kunst und Fleiß errichteten Gassen schalteten und walteten, wie es ihnen beliebte. Im Dreißigjährigen Krieg hatten die wallo- nischen Flüchtlinge ihr neues Heim schnell verlassen, die Klo- stergebäude teilten das Schicksal so vieler zerstörter Pfälzer Dörfer, und als nach Friedensschluß die Bewohner aus den schützenden Verstecken des Waldes zurückkehrten, um ihre Hüt- ten wieder instand zu setzen, da boten die Bauten des ver- lassenen Klosters so vieles, was man notwendig brauchen konnte. Immer ärger schritt die Verfallung fort, in den schlimmen Jahren der nachfolgenden Kriege und Bedräng- nisse hatte jeder für sich selbst zu sorgen, erst in unseren Zeiten suchte man die weitere Zerstörung aufzuhalten. Aus

dem einzigen noch gut erhaltenen Herrenresortorium schuf man die evangelische Kirche unter strenger Beachtung der alten Kunst; was sonst an wertvollen Bestandteilen aus den Ruinen des Klosters in Gärten, an Säulen und im Boden unter Schutthäufen gefunden wurde, bereinigte man in kunst- voller Zusammenstellung in geeigneten Räumen. Ein Gang durch das Städtchen belohnt den Wanderer in reichem Maße; überall erinnern Bruchstücke aus den Klostergebäuden an die einstigen kunstvollen Bauten.

Heute stellt Schönau eine kleine Industriestadt in dem schönen Tale dar, reicher Fremdenverkehr während des ganzen Jahres sichert den Einwohnern weiteren erheblichen Verdienst. Wer mit kundigem Auge den Lauf der Steinach verfolgt, dem fallen an manchen Uferplätzen besonders geschaffene An- lagen auf. Sie dienen einst der Verlesenschaft, als unter Kurfürst Karl Theodor große Mengen von Flußperlmuscheln aus den Bächen des bayerischen Fichtelgebirges nach der Pfalz transportiert und in die Steinach eingeseigt wurden. Der Er- folg aber entsprach den erwarteten Hoffnungen nicht; wohl fand man dann und wann einige brauchbare Perlen in dem Muschelgehäufte, die Verwaltungskosten verschlangen aber mehr, als die Perlen an Wert darstellten. Man hatte ver- gessen, daß das Wasser der Steinach wenig kalkhaltig und gerade der Kalt zur Bildung der Perlen wie überhaupt zur Erhaltung der Tiere dringend nötig ist. Die Aussicht über die eingeseigten Perlmuscheln war anfangs eine sehr scharfe; Todesstrafe war auf Entwendung von Muscheln gesetzt. Vor hundert Jahren hob der badische Staat die Verbote auf; die Anlage von Fabriken in Schönau war dem Gedeihen nicht förderlich; weiter oben, in der Nähe von Alt-Neudorf, suchte man das Wasser durch Verpachtung weiter dienstbar zu ma- chen, und mancher Glücksfund war zu verzeichnen.

Die neue Bahn wird vorerst in Schönau enden, obgleich schon früher die Durchführung der Linie bis nach Heiligkreuz- steinach in Anregung gebracht worden war. Weit ab von jeglicher Verbindung mit einer größeren Stadt zur Erlan- gung von Arbeitsgelegenheiten lagen früher in den Ortshäufen des oberen Steinach- und Eiterbachtals viele Arbeitskräfte brach; die Einbeziehung einzelner Dörfer in die bestehenden Straßwagengurte hat hierin teilweise Wandel geschaffen, man hofft, durch die Eröffnung der Bahn den Arbeitnehmern wei- tere Gelegenheiten zu Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Auch auf den bisher schon regen Fremdenverkehr im Steinachtal und seinen benachbarten Gebieten wird die neue Bahn sich günstig auswirken.

M. Eigmund.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 19. Okt. Vor dem erweiterten Schöffengericht standen heute 10 Angeklagte von Mannheim, Hohenheim und Neulussheim unter Beschuldigung des Landfriedensbruchs, begangen am 1. Juli morgens während des Schifferstreiks. Arbeitswillige wurden mit einem Lastauto von Hohenheim nach Rheinheim in die Stinnesche Brillefabrik verbracht. In der Nähe der Wirtschaft zum Talhaus wurde das Auto von den aus dem Wald kommenden Arbeitern mit Steinen beworfen und der Freiseur Ziegler verletzt. Bis auf einen bestritten sämtliche die Teilnahme an dem Angriff. Die meisten Leute, die daran teilgenommen hätten, seien aus Mannheim gewesen. Nach dreieinhalbstündiger Verhandlung kam das Gericht zu einer Verteilung von neun Angeklagten zu Gefängnisstrafen von je 3 Monaten, ein Angeklagter wurde freigesprochen. Bei sämtlichen Angeklagten wurde Strafaufschieb auf Wohlverhalten bewilligt.

D3. Adelsheim, 18. Okt. Hier sind keine Stimmen für das Volksbegehren gegen den Bau des Panzerkreuzers abgegeben worden.

D3. Buggingen, 19. Okt. Von den im Kaffwerk Buggingen schwer verletzten Arbeitern ist der 38 Jahre alte Arbeiter

Ernst Jeller von Buggingen in der Klinik in Freiburg seinen Verletzungen erliegen; damit hat das Unglück das zweite Todesopfer gefordert. Jeller ist verheiratet und hinterläßt zwei Kinder. Das Befinden des Hauers Josef Wölfe ist befriedigend; die anderen drei Arbeiter, die ebenfalls verletzt wurden, sind leichter verletzt und auf dem Wege der Besserung.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	20. Okt.		19. Okt.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.14	168.48	168.07	168.41
Kopenhagen 100 Kr.	111.84	112.06	111.80	112.08
Italien . . . 100 L.	21.97	22.01	21.975	22.005
London . . . 1 Pf.	20.344	20.384	20.337	20.377
New York . . . 1 D.	4.1950	4.2030	4.1955	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.375	16.415
Schweiz . . . 100 Fr.	80.72	80.80	80.75	80.88
Wien 100 Schilling	59.965	60.085	59.93	60.05
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.45	12.428	12.448

Personeller Teil
Ernennungen, Beförderungen, Zurufeetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Befördert:
Oberregierungsrat Otto Schach beim Bezirksamt in Karlsruhe in das Ministerium des Innern, Regierungsrat Dr. Sauter beim Oberverwaltungsamt in Freiburg an das Bezirksamt in Karlsruhe an das Bezirksamt in Donaueschingen, Regierungsrat Dr. Otto Kersten im Ministerium des Innern an das Oberverwaltungsamt in Freiburg, Regierungsrat Hermann Faust beim Bezirksamt in Karlsruhe an das Ministerium des Innern und Regierungsrat Hans Goll beim Bezirksamt in Sinheim an das Bezirksamt in Raibach.

Verwaltungsassistent Friedrich Scharf beim Ministerium des Innern zum Bezirksamt Pforzheim.

Entlassen auf Ansuchen:
Präsident Dr. h. c. Wilhelm Engler.

Eintracht
Freitag 26. Oktober
abends 8 Uhr
Schubert-Lieder
Elena Gerhardt
Am Flügel:
Generalmusikdirektor Ernst Mehlich (B.-Baden)
Frühlingsglaube. Vor meiner Wiege. Das Lied im Grünen. Der Tod und das Mädchen. Das Rosenband. Erntelied. Aufenthalt. Liebesbotschaft. Der Fischer. Die Fischerfrauen. Die Stadt. Ständchen. Im Abendrot. Fischerweise. Romanze. Im Frühlings. Schlaflied. Die Allmacht. 16
Karten zu 1,50, 2,50, 3, 4 RM. bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39, Tel. 2577

Badischer Kunstverein & V.
Waldstraße 3
20. Oktober bis 8. November 1928
Gedächtnisausstellung
für
Professor Otto Propheeter †
(1875-1927)
Ferner Kollektionen von:
A. A. Arnold, Gerendtsheimsee: Aquarelle
Rolf Lang, Karlsruhe: Ölgemälde und Aquarelle
Wilh. Jörger, Karlsruhe: Graphiken
Alb. Ludwig, Karlsruhe: Graphiken
Geöffnet: Werktags 10-11 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr
An den Nachmittagen täglich 2-4 Uhr
Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pf.

Gebrüder 1929
Jahrbuch für das Badnerland
Eugen Fischer, Volk und Heimat
Otto Hoerth, Oberbadische Maler des 19. Jahrhunderts
Jobeleh, Bruchsaler Musik im 18. Jahrhundert
Dichtungen von Emil Belzner, Friedrich Singer, Toni Rothmund
Unveröffentlichte Federer-Briefe
Beiträge von Anton Friedrich, Max Walter u. a.
Badische Schurren und Anekdoten und viele Bilder
Notenbeilage: Hans Thoma-Abschiedsgruß, Opus 21, von Franz Philipp
Humor, Mundart, lyrische und epische Dichtung, Kunst und Musik, Volksbräuche und Religion der Südbadener
Über 30 Beiträge auf 116 Seiten, Dr.-8°, mit vielen teils ganzseitigen Bildern
Preis nur 3 RM.
Verlag G. Braun, Karlsruhe

Ausschreibung
der
Hoch- und Tiefbauarbeiten für das Krafthaus Häusern, die Schaltanlage und die Schwarzasperrre des Schluchseewerks.

Die Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) in Karlsruhe schreibt für die zu gründende Schluchseewerk A.G. zum öffentlichen Wettbewerb aus:

die Hoch- und Tiefbauarbeiten für das Krafthaus Häusern, die Schaltanlage und die Schwarzasperrre.
Die Ausschreibung erstreckt sich auf die betriebsfertige Herstellung folgender Bauten: A.317.

- A. Los Krafthaus:**
1. Tiefbau des Kraft- und Schalthauses und der Verteilungsröhre.
 2. Hochbau des Krafthauses ausschließlich Lieferung und Montage der Eisenkonstruktion.
 3. Abzuleitung — Teilstück beim Krafthaus —, Schieberkammer, Ableitung zum Schwarzabcken.
 4. Unterbau der Freiluftstation.
 5. Verlegung der Schwarzatalstraße.
- Es fallen an:
etwa 25 000 cbm Erdaushub,
etwa 13 000 cbm Felsausbruch,
etwa 16 000 cbm Beton mit und ohne Eiseneinlagen und Eisenbeton des Tiefbaues,
etwa 9 600 cbm umbauter Raum des Schalthauses,
etwa 2 900 qm Bandfüllungen und Dach des Krafthauses,
etwa 120 m Abzuleitungstollen, 3,2 m l. B.

- B. Los Schwarzasperrre:**
1. Umleitungstollen, 140 m lang, 1,5/1,8 m l. B.,
 2. Sperrre und Abiturzbecken mit etwa 18 000 cbm Erd- und Felsaushub,
etwa 30 000 cbm Beton mit Woleinlagen.

Der Auftraggeber kann Los Krafthaus und Los Schwarzasperrre gemeinsam oder getrennt vergeben.
Das Bedingnisheft — Verbindungsanschlag in dreifacher Fertigung — ist vom Badenwerk (Postfach 180 Karlsruhe Nr. 25630) gegen Einsendung von 180 M vom 23. Oktober 1928 an zu beziehen. Bei freistehender Abgabe eines Angebots und vollständiger Rückgabe der unterfertigten Unterlagen werden 120 M zurückerstattet.

Die Bewerber müssen an einer örtlichen Besichtigung unter Führung eines Vertreters des Badenwerks teilgenommen haben. Hierzu wird am 27. und 29. Oktober sowie am 3. November 1928 Gelegenheit gegeben. Anmeldungen zu den jeweils vormittags 8 Uhr am Bahnhof Seeburg beginnenden Besichtigungen sind unter Angabe der Teilnehmerzahl an die Bauabteilung Schluchseewerk in Seeburg, Post Schluchsee, Bad. Schwarzwald, Fernsprecher Schluchsee Nr. 11, zu richten. Auf Bestellung wird gegen Vergütung der Selbstkosten für Fahrgelegenheit gesorgt.

Die Verhandlungstagsfahrt findet am 15. November 1928, um 11 Uhr vormittags, im Badenwerk zu Karlsruhe, Hebelstr. 2/4, statt. Zu diesem Termin sind die Angebote mit der Aufschrift „Krafthaus Häusern und Schwarzasperrre“ verschlossen, post- und bestellgeldfrei an das Badenwerk einzufenden. Der Absender muß ersichtlich sein. Später eingehende Angebote werden nicht mehr berücksichtigt. Die zum Öffnungstermin erscheinenden Bieter müssen mit schriftlicher Vollmacht versehen sein.
Die Aufschlagsfrist beträgt 8 Wochen nach Angebotsöffnung. Die Bewerber bleiben bis zu diesem Zeitpunkt an ihr Angebot gebunden.
Zusätzlich gilt Din 1920, soweit vertraglich nichts anderes bestimmt ist.

Karlsruhe, den 19. Oktober 1928.
Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk), Karlsruhe.

Ich bin bei dem Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelssachen in Pforzheim als
Rechtsanwalt
zugelassen.
Dr. Max Schliep.
Wir haben uns zur gemeinsamen Ausübung der Rechtsanwaltspraxis verbunden.
Kanzlei: Karlsruhe, Baischstr. 1, Telefon 3883.
Rechtsanwälte: **A. F. Hoffmann und Dr. M. Schliep.**

G. BRAUN
VORM. G. BRAUNSCHKE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
G. M. B. H. KARLSRUHE KARL FRIEDRICH-STR. 14 FERTIGT
DRUCKSACHEN
aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private. Kurze Lieferfristen. Mäßige Preise.

Les Bücher Wissen ist Macht!



Badisches Landestheater
Sonntag, 21. Oktober
Nachmittags
1. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige
Carmen
Oper von Bizet
Dirigent: Schwarz
Mitwirkende:
Janz, Seiberlich, Magda Straß, Winter, Laufötter, Löfer, Rentwig, Derner, Dr. Bucherpfennig, Rainbad, Kleinbus.
Anfang 14^{1/2}, Ende n. 17^{1/2}, I. Rang u. I. Sperrstr. 4 RM
Abends
*B 5. Th.-Gem. 901-1000
Mona Lisa
Oper von Max v. Schillings
Dirigent: Schwarz
Mitwirkende:
Blank, v. Hartung, Scheidhader, Seiberlich, Vorobin, Frey, Kochendörfer, Laufötter, Löfer, Rühr, Theo Straß.
Anfang 19^{1/2}, Ende 22
Preise D (1-8 RM)

Smstadt. Konzerthaus
*Sonntag, 21. Oktober
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel von Fodor
Mitwirkende:
Vertam, Biller, Vorkselb, Gemmede, Höder, Kloble, Müller, M. Schneider.
Anfang 19^{1/2}, Ende 22
I. Parkett 4,10 RM

Kein Laden!
Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer Küchen Einzel-Möbel
in großer Auswahl enorm billig
Möbelhaus Maier Weinheimer
32 Kronenstraße 32
Zahlungs-Erleichterung
Dem Ratenkaufkommen d. Beamtenbank angeschlossen

N. 920. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Friedrich Niffel, Inhaber Johann August Heß in Karlsruhe, am Ludwigsplatz, wurde heute 13 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Herr Julius Gepp, Volkswirt in Karlsruhe, Kriegsstr. 174, bestellt. Dem Inhaber der Firma ist allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Firma oder des Privatvermögens ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Montag, 12. November 1928, nachm. 1/4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, I. Stock, Zimmer Nr. 40. Karlsruhe, 13. Okt. 1928. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

N. 912. Offenburg. Über das Vermögen der Firma Dierks und Wroblewski in Offenburg und dasjenige der persönlich haftenden Gesellschafter dieser Firma, Wilhelm Dierks und Franz Wroblewski, beide in Offenburg, wird das gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Als Vertrauensperson wird bestellt: Kaufmann Gustav Martin in Offenburg, Friedrichstr. 19.

Ortspolizei-Beamtenstelle (Polizeidiener)
Die hiesige
Ortspolizei-Beamtenstelle (Polizeidiener)
ist zu besetzen. Geeignete Bewerber, die die Bedingungen des § 17 des Bad. Polizeigesetzes (Wach der Polizeischule, Staatspolizeidiener) erfüllen, wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen hierüber und über ihre bisherige Tätigkeit unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes bis spätestens 10. November d. J. schriftlich melden. Befolgung nach Reichsbesoldungsgruppe 8a (= 8 Bad. Landesbesoldung). Mit der Dienststelle ist die Beforgung von Ortsdienergeschäften (Zustellungen, Verkündigungen) verbunden.
Adelsheim, den 19. Oktober 1928. 15
Der Bürgermeister.

Feuerprike zu verkaufen!
Die Stadtgemeinde Furtwangen hat eine aus dem Jahre 1911 stammende 4rädrige Saug- und Druckprike nebst Zubehör sowie einen Schrophor billig abzugeben.
Angebote an den Unterzeichneten, welcher auch nähere Auskünfte erteilt.
Furtwangen, den 17. Oktober 1928.
Der Bürgermeister: Wilt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird bestimmt auf:
Mittwoch, den 14. Nov. 1928, vormittags 9 Uhr,
vor das Amtsgericht Offenburg, Sitzungssaal. Zu diesem Termin werden Sie geladen. Der Antrag auf Erhöhung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht niedergelegt.
Offenburg, 15. Okt. 1928.
Bad. Amtsgericht II.
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.

Jagdverpachtung.
Die Gemeinde Weiffenheim (Amt Lahr) verpachtet am **Mittwoch, den 24. Oktober 1928, nachmittags 3 Uhr,** im Rathaus die Gemeindejagd Distrikt I (Reinhardt) bestehend in circa 800 ha Feld, Wald und Wasser auf weitere 9 Jahre. Als Bieter wird nur zugelassen, wer sich im Besitze eines Jagdpasses befindet, oder durch ein Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen kann, daß gegen die Erteilung eines solchen keine Bedenken bestehen.

Jagdverpachtung.
Bad. Forstamt Graben in Bruchsal verpachtet im Wege öffentlicher Versteigerung am **Dienstag, den 23. Oktober 1928, vorm. 9 Uhr,** auf seinem Geschäftszimmer Schloßraum 22b das Recht der Ausübung der Jagd vom 1. Februar 1929 ab auf 6 Jahre in Staatswaldsdistrikt V. Anheimer Altheim, Gemarkung Guttenheim, mit einer Flächengröße von: 114,8208 ha Wald, 31,0770 „ Feld und Wiesen, 49,9362 „ Altwasser u. Kießbänke, 16,0000 „ Bad. Reinhardtstrom.
G. 211,8840 ha.
Die Pachtabdingungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Forstamts zur Einsichtnahme auf.